

Abgeordneter Hermann Brückl, MA (FPÖ): Herr Präsident! Guten Morgen, Herr Minister! Herr Bundesminister, in Wien kann jedes siebte Volksschulkind dem Unterricht nicht folgen, weil es die deutsche Sprache nicht beherrscht. Der Österreichische Integrationsfonds liefert Zahlen, aus denen hervorgeht, dass in Wiener Gemeindebezirken Volksschulkinder in einem Ausmaß zwischen 80 und 90 Prozent im Alltag nicht Deutsch sprechen. Die fehlenden Sprachkenntnisse sind eines der ganz großen Probleme im Bildungsbereich.

In Niederösterreich hat die Landesregierung ein Übereinkommen geschlossen, in dem man sich darauf geeinigt hat, dass man Deutsch auch als Pausensprache fördern will. (Abg. **Heinisch-Hosek**: Schrecklich!)

Herr Bundesminister, meine Frage lautet:

276/M

„Was werden Sie unternehmen, damit Kinder mit deutscher Muttersprache aufgrund der Tatsache, dass immer mehr Volksschulkinder im Alltag überwiegend eine andere Sprache sprechen, nicht benachteiligt werden?“

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung Dr. Martin Polaschek: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, der Schlüssel ist eben vor allem die entsprechende Sprachförderung der Kinder, die nicht Deutsch als Muttersprache haben. Gerade aus diesem Grund haben wir ja dafür Sorge getragen, dass im Rahmen der Artikel-15a-Vereinbarung zur Elementarpädagogik die Sprachförderung im Kindergarten ausgebaut und auch flexibler eingesetzt werden kann, weil es wichtig ist, dass die Kinder bereits im Kindergarten entsprechende Deutschkenntnisse erlangen – umso wichtiger ist das dann gerade in der Schule.

Deshalb haben wir eben mit den Deutschförderklassen, mit diesem gesamten Deutschfördermodell alles darangesetzt, dafür zu sorgen, dass sich die Situation für Kinder, die in Klassen kommen, wo fast niemand die deutsche

Sprache kann und daher auch das Erlernen der deutschen Sprache im direkten Unterricht nicht möglich ist, verbessert, denn wenn niemand Deutsch kann und es keine gemeinsame Sprache gibt, ist Deutsch umso wichtiger. Deshalb haben wir eben dieses Deutschfördermodell auf Schiene gebracht, und wir setzen alles daran, dass dort noch mehr gefördert und investiert wird, damit die Kinder, die dann wieder in den Regelunterricht zurückkommen, über die entsprechenden Deutschkenntnisse verfügen, damit dann auch alle in den Schulklassen dem Deutschunterricht entsprechend folgen können.

Es ist wichtig, dass die Kinder, so oft es irgendwie geht, Deutsch sprechen, dass sie Deutsch im Unterricht sprechen, dies aber eben durch ergänzende Deutschfördermaßnahmen erweitert wird. Ich kenne solche Beispiele, ich erinnere mich an eines aus meiner Heimatstadt: Es war der Direktor einer sich in meiner Umgebung befindenden Volksschule, der sich immer dafür eingesetzt hat, dass die Kinder über den Unterricht hinaus viel Deutsch sprechen, um es gut zu lernen. Die Basis ist aber, dass sie zuerst einmal einen entsprechenden Deutschförderunterricht bekommen.

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zusatzfrage, Herr Abgeordneter? – Bitte.

Abgeordneter Hermann Brückl, MA (FPÖ): Herr Bundesminister, nicht nur, dass immer mehr Schüler die deutsche Sprache nicht beherrschen, ist es auch so, dass es in vielen Schulen insbesondere in den Städten mittlerweile mehr muslimische als katholische Schüler gibt – Daten der Bildungsdirektion Oberösterreich dazu wurden erst kürzlich öffentlich gemacht –, und das führt unweigerlich zu Problemen. So wurde, Herr Bundesminister, beispielsweise einer AHS-Lehrerin in Oberösterreich nach einer Beschwerde eines muslimischen Vaters durch ihren Direktor mitgeteilt, sie verhalte sich unsensibel, und es wurde ihr christlicher Fundamentalismus unterstellt, weil sie vor Ostern das Klassenzimmer mit Palmzweigen geschmückt hatte und weil sie mit ihren Kindern einen Ostermarkt besuchen wollte. Auf Anordnung der Direktion musste sie diese Palmzweige unverzüglich entfernen.

Herr Bundesminister, was werden Sie tun, damit künftig solche Konflikte nicht mehr zutage treten?

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung Dr. Martin

Polaschek: Ich denke, dass es an den jeweiligen Schulen liegt, auch darüber zu entscheiden, inwieweit man zum einen religiöse Einstellungen mit den Kindern im Unterricht thematisiert, aber auch, inwieweit regionale Bräuche im Unterricht gelebt werden. Da gibt es verschiedene Zugänge. Es liegt nicht zuletzt in der Verantwortung der Schulen, zu entscheiden, inwieweit sie für eine weltoffene und tolerante Umgebung sorgen.

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Die nächste Anfrage stellt Frau Abgeordnete Blimlinger. – Bitte.